

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Behandlung von Staatsgeheimnissen in der CSSR

Im Jahre 1971 ist ein neues Gesetz zur Sicherung von Staatsgeheimnissen erlassen worden. Daraufhin hat das tschechoslowakische Innenministerium gegen Ende 1971 «Direktiven zur Behandlung und Weiterleitung geschriebenen oder anderen Material, das staatliche, wirtschaftliche und militärische Dinge geheimer Natur enthält», herausgegeben. Am 3. November 1972 wurden diese Direktiven in Hospodarske Noviny veröffentlicht.

In der Einleitung, die das Blatt den Direktiven vorausstellt, wird zunächst erklärt, warum ein effizienteres System zur Geheimhaltung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Informationen notwendig ist. Als einer der wichtigsten Gründe wird die Tatsache genannt, dass «westliche Kreise bemüht sind, die unterschiedlichen Methoden der einzelnen sozialistischen Länder beim Aufbau des Sozialismus herauszufinden. Diese Unterschiede dienen dann als Basis für die Entdeckung scheinbarer Konflikte, was wiederum für die Zwecke der antisozialistischen Propaganda ausgenutzt wird».

Die Direktiven selbst legen mit grösster Genauigkeit die Behandlung vertraulicher Dokumente fest. Wer eine Akte mit «vertraulichen» Dokumenten (d. h. Dokumenten mit wirtschaftlichen Informationen) anlegt, hat diese Akte mit einer Null zu kennzeichnen, wer hingegen eine Akte mit «streng vertraulichen» Dokumenten

oder «streng vertraulichen Dokumenten von besonderer Bedeutung» anlegt, muss diese Akte mit zwei Nullen kennzeichnen. Eine solche Akte kann innerhalb eines Büros nur gegen Unterschrift von einem Funktionär zum andern wandern. Eine «Sonderabteilung» verwaltet die vertraulichen Akten, die in einem Spezialregister verzeichnet und in einem Panzerschrank aufbewahrt werden müssen. Will ein Funktionär in derartige Akten Einsicht nehmen, so hat er eine schriftliche Ermächtigung seines Vorgesetzten vorzuweisen, eine Empfangsbestätigung zu unterschreiben und bei der Rückgabe abermals eine Bestätigung in Empfang zu nehmen.

Aehnliche Vorsicht soll walten, wenn vertrauliches Material zwischen zwei Büros oder gar zwischen zwei Behörden hin und her geht. Streng vertrauliche Dokumente dürfen nur mit Erlaubnis des zuständigen Abteilungs- oder Behördenchefs abgegeben werden, und zwar in zwei Umschlägen: Der äussere Umschlag darf keinen Hinweis auf das vertrauliche Material enthalten, sondern lediglich den Namen und die Anschrift des Empfängers verraten; ausserdem muss es sich um eine Einschreibsendung handeln. Der innere Umschlag hingegen ist wiederum mit zwei Nullen zu versehen, damit der Empfänger gleich weiss, dass er vertrauliches Material vor sich hat. Das ist deshalb wichtig, weil die in dem inneren Umschlag steckenden

Dokumente selbstverständlich nicht gleich dem eigentlichen Empfänger ausgehändigt werden können, sondern erst einmal in die für vertrauliches Material zuständige Sonderabteilung der betreffenden Behörde wandern müssen, dann den Behördenchef verständigt, der dann erst den zuständigen Sachbearbeiter benennt und zum Empfang ermächtigt.

Wenn ein Behördenchef ausgehendes Material für so kostbar hält, dass er es der Post nicht anvertrauen möchte, so muss er es mit zwei Kurieren schicken, die er aus seiner eigenen Organisation bestimmen oder aber beim Innenministerium anfordern kann.

Sollen Geheimdokumente die CSSR verlassen, so ist eine Sondergenehmigung des Chefs jener Behörde erforderlich, in deren Besitz sie sich gerade befinden. Gehen die Dokumente nicht in Comecon-Länder, so dürfen sie allein vom Kurierdienst des Aussenministeriums transportiert werden. Ein Funktionär, der bei Verhandlungen im Ausland Dokumente benötigt, darf sie nicht aus dem Gebäude entfernen, in dem er untergebracht ist; ist er gezwungen, sich Notizen zu machen, so hat das in einem Code zu geschehen, den nur er entziffern kann. Ausserdem müssen bei derartigen Verhandlungen stets zwei Funktionäre anwesend sein, von denen einer in Besitz eines Diplomatenpasses zu sein hat.

Ein Funktionär, der ein Geheimdokument durch mangelnde Vorsicht oder Fahrlässigkeit gefährdet, muss mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren rechnen. Wird das Geheimnis im Ausland tatsächlich bekannt, blühen ihm sogar drei Jahre.

Baptisten in der UdSSR

(Fortsetzung von Seite 7)

Ideologie darstelle. «Zwischen Wissenschaft und Religion besteht ein unversöhnlicher Gegensatz: Der religiöse Glaube und die religiösen Vorstellungen sind unvereinbar mit den wissenschaftlichen Tatsachen, und die Wissenschaft widerlegt alle religiösen Dogmen. Dem Christentum wie auch jeder anderen Religion liegt eine idealistische Weltanschauung zugrunde, während die kommunistische Lehre vom materiellen Verständnis der Natur und Gesellschaft ausgeht. Der Materialismus einerseits und der Idealismus wie auch die Religion andererseits sind und bleiben diametral entgegengesetzte Weltanschauungen.»

Das Moskauer Blatt erinnert an Lenins Erklärung, dass der Marxismus der Religion ebenso unbarmherzig feindlich gegenüberstehe wie der Materialismus der Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts oder wie der Materialismus Feuerbachs. «Die Religion hilft nicht, den Kommunismus herbeizuführen, sondern stört nur die bei», endet die «Moskowskaja Prawda» ihren Aufsatz.

Da ist es nur folgerichtig, wenn man militante Verfechter einer Religion, in unserem Falle des evangelischen Christentums, nicht frei herumlaufen und der Herbeiführung des Vollkommens Schaden beifügen lässt.

Der Westen ist allerdings gefragt, was er sich dabei als folgerichtige Haltung leisten kann. Jeder im Westen. ■

In der Welt leben 43 Millionen Polen, davon ein gutes Viertel ausserhalb der Grenzen ihres Heimatlandes. Mit 6,5 Millionen fällt dabei den Vereinigten Staaten der Löwenanteil zu; in Lateinamerika sind es eine Million, in Frankreich 750 000 und in Kanada rund 350 000. 132 000 Polen leben gegenwärtig in der Bundesrepublik. Der Rest von etwa zwei Millionen verteilt sich auf vier Kontinente. Neben der vor allem in den USA weitgehend vollzogenen Integration bildet die politische und wirtschaftliche Lage Polens das Haupthindernis für eine Rückkehr in die Heimat.

Gierek und die Auslandspolen

Über zwei Jahrzehnte hat das Warschauer Regime die politischen Emigranten verdammt, die anderen Auslandspolen entweder als «verlorene Seelen» charakterisiert oder sie zur Rückkehr und zum «Wiederaufbau des sozialistischen Vaterlandes» aufgefordert. Diese Haltung ist nun revidiert worden. Der Wandel lässt sich auf den Tag genau zurückdatieren. Anlässlich eines Kongresses in Posen traf Parteichef Edward Gierek am 2. September 1971 mit 50 polnischen Technikern aus 14 Ländern und 4 Kontinenten zusammen. Einem Bericht der «Trybuna Ludu» zufolge hatte Gierek die Besucher aufgefordert, Polen auf dem «Wege zum Wohlstand» zu unterstützen. Er denke dabei keineswegs an eine finanzielle Hilfe, sondern er erwarte vielmehr Ratschläge und Vorschläge zur Verbesserung der polnischen Wirtschaft und Industrie. Gierek verlieh der Zusammenkunft mit dem Hinweis auf seine eigene 22jährige Emigration zudem eine menschliche Note. Dieser Passus seiner Ausführungen wurde aber nur in einer Aus-

landsendung des Warschauer Rundfunks wiedergegeben. In der «Trybuna Ludu» ist er totgeschwiegen worden.

Seitdem ist dieses Thema immer wieder aufgegriffen worden. In zahlreichen Zeitungsartikeln und Rundfunksendungen wurde die Notwendigkeit unterstrichen, das Verhältnis zu den Auslandspolen auf eine neue Grundlage zu stellen. Dabei wurde insbesondere auf die potentiell Rolle der Emigranten als «Botschafter eines neuen Polens» hingewiesen. Zum erstenmal wurde dieses Problem auf einem Kongress der KP in einem positiven Sinne erwähnt. In einer entsprechenden Resolution hiess es dazu, Aufgabe der Partei sei es, die «herzliche Bande» zu den Landsleuten im Ausland zu stärken und zu festigen.

In diesem Zusammenhang fällt der Gesellschaft «Polonia» eine bedeutsame Aufgabe zu. Gegenwärtig konzentriert sie sich auf menschliche

wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit Auslandspolen. Im Jahre 1971 besuchten bereits 190 000 Emigranten die alte Heimat. Wie der Sekretär von «Polonia» mitteilte, habe die Gesellschaft Kontakte mit 600 ausländischen Organisationen, Büchereien, Kulturgruppen, Reiseagenturen, aber auch mit Rundfunk- und Fernsehanstalten aufgenommen. Ausserdem sei der Versuch unternommen worden, zwischen den etwa 15 000 polnischen Auslandsbetrieben und der Warschauer Aussenhandelskammer personelle und wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. In Polen wird die Vereinigung mit einer Reihe von Veranstaltungen und Ausstellungen aufwarten, um dieses Problem im Bewusstsein der Gesamtbevölkerung zu verankern. So wird sich in Posen eine umfangreiche Veranstaltungsreihe mit dem Thema «Hundert Jahre polnischer Gemeinschaften in Deutschland» befassen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Giereks Initiative bereits Früchte getragen hat.

Der Aufwand für die Oeffentlichkeitsarbeit von «Polonia» ist mindestens verdreifacht worden. Fast will es scheinen, als hätten viele Auslandspolen ihre Verbundenheit zur alten Heimat neu entdeckt. Hunderttausende von Touristen haben das Land besucht, darunter viele Jugendliche. Aeltere Menschen entschlossen sich sogar zur Rückkehr, weil ihnen das Regime zahlreiche Vergünstigungen in Aussicht gestellt hat. Die Verbindungen auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Sektor sind verstärkt worden, und selbst politische Widersacher des Regimes haben aus den USA erhebliche Geldbeträge zum Wiederaufbau Warschaus überwiesen. Vor allem scheint es Edward Gierek gelungen zu sein, in nationalen Fragen die Einigkeit und Einheit der Polen in aller Welt wiederherzustellen. Gleichzeitig sind damit freilich auch die alten anti-russischen Ressentiments zu neuem Leben erweckt worden, und es erhebt sich die Frage, wie lange Moskau einem Treiben tatenlos zuschauen wird, das nach den marxistisch-leninistischen Sprachregeln als «nationalistisch und chauvinistisch» gilt.

Unsere Meinung

Frieden für Vietnam

Wenn der Soldat nicht mehr zu schiessen braucht, weil der Henker ausreichend für Ordnung sorgt, dann haben wir einen Frieden. Jenen Frieden, den der Nationalsozialismus den Deutschen und ihren Nachbarn brachte, bis ein Krieg sein Rückgrat brach. Jenen Frieden auch, der die kommunistische Machtausübung ausnahmslos ausgezeichnet hat und weiterhin auszeichnet. Es ist dieser Friede, den die kommunistische Seite für Südvietnam unmissverständlich vorgesehen hat, und es ist dieser Friede, den unser Weltgewissen mitsamt seinen christlich-abendländischen Bestandteilen segnen wird.

Im Deutschland der sechziger Jahre gab es politische Stimmen, welche die amerikanischen Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg den nationalsozialistischen Verbrechen gleichstellten. Sie kamen aus dem Lager der NPD und waren vereinzelt. Sie wurden von der Oeffentlichkeit als Ausguss nazistischer Denkart entlarvt. Unter anderem von der damaligen sozialdemokratischen Opposition im Bonner Parlament. Carlo Schmid zum Beispiel hielt eine bemerkenswerte Rede über die Verlogenheit solcher Vergleichsziehungen.

Im Dezember 1970 gab es wiederum amerikanische Bombardierungen gegen kriegführende totalitäre Diktatur. Diesmal waren die Stimmen, die das den nationalsozialistischen Verbrechen gleichsetzten, weder vereinzelt noch kamen sie nur aus dem Lager der NPD. Sie kamen aus dem Munde der angesehensten Leute unserer Zeit, wie zum Beispiel aus dem Munde des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, und es gab diesmal niemanden mehr, der auf den hitlerfaschistischen Charakter dieser Vergleichsziehung hingewiesen hätte, mit der zuvor nur erkannt braune Leute ihre Rechtfertigungstheorien garniert hatten. Es ist offensichtlich, dass wir in der Zwischenzeit weitergekommen sind.

Die Amerikaner haben ihre überall verurteilte Kriegführung in Vietnam abgebrochen. In Südvietnam bleibt die Suche nach einer Friedensordnung. Wie sie nach dem Willen der Provisorischen Revolutionsregierung (Vietcong) und Nordvietnams aussehen soll, darüber herrscht kein Zweifel. Ihre eigene, ungeteilte und totale Herrschaft ist das Ziel, alles übrige ist Etappe dazu. Ein Provisorium bis zur Zeit, da der kriegerische Soldat als friedlicher Henker auftreten darf. Das war und ist auch das Charakteristikum sämtlicher kürzerer oder längerer Perioden, in denen die Nationale Befreiungsfront über grössere oder kleinere Regionen herrschte und herrscht. Wer die Zusammenarbeit verweigert, ist ein Volksfeind und Verräter; er wird hingerichtet.

Die kalte Abrechnung bei den jeweiligen Besuchen in den Dörfern hatte schon zur Zeit des Guerillakrieges vor 1968 zu den Mitteln gehört, mit denen man sich die Zusammenarbeit der Bevölkerung sicherte. Die Tet-Offensive vor fünf Jahren, mit massivem Zuzug aus dem Norden, hatte zu Siegen geführt, welche diese Art von

Zwischenstand der chinesischen Führungspolitik

In China ist die innenpolitische Stabilität immer noch nicht völlig wiederhergestellt. Offensichtlich muss die Partei erst noch die Lin-Piao-Affäre verkräften, bevor ein neuer Parteikongress und ein Nationaler Volkskongress stattfinden können.

Der Wiederaufbau des in der Kulturrevolution zerschlagenen Parteiapparates ist trotz beträchtlichen Erfolgen noch nicht ganz zu Ende gebracht. Das Politbüro ist seit dem Ausscheiden Lin Piao und seiner Freunde dezimiert worden. Im Ständigen Ausschuss des Politbüros sitzen zur Zeit nur Mao Tse-tung und Tschu En-lai. Das Durchschnittsalter der Politbüromitglieder liegt bei 70 Jahren und darüber. Wichtige Entscheidungen werden heute in Peking wahrscheinlich von einem «inneren Kreis» getroffen, dem Mao Tse-tung, Tschian-tsching, Tschu En-lai, Yeh Chien-ying, Li Hsien-nien, einige alte Marschälle und die «Linke» aus Schanghai mit Chang Chun-chiao und Yao Wen-yuan angehören. Ein gewichtiges Wort mitzureden haben sicher auch die alten Armeeführer aus den Provinzen. Alte persönliche Rivalitäten und Loyalitäten, die sich in Armee und Partei überschneiden, spielen auch in der gegenwärtigen Machtkonstellation eine Rolle.

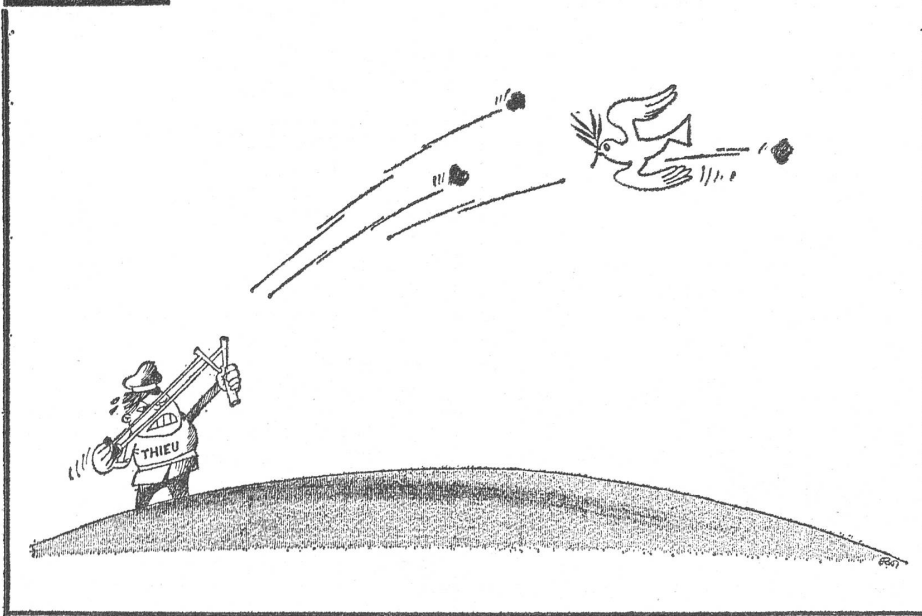
Wenn China im letzten Jahr auch grosse ausserpolitische Erfolge erzielen konnte und der Regierungsapparat unter Ministerpräsident Tschu En-lai wieder funktioniert, so liegt das politische Schwergewicht doch bei der Innenpolitik. Ein Grundsatzartikel, der der Ausmerzung des revisionistischen Kurses und der Wiederherstellung der nationalen Einheit galt, erschien zu Neujahr gleich in drei führenden Tageszeitungen Pekings, «Volkszeitung», «Rote Fahne» und «Befreiungsarmee-Zeitung». Die Kampagne gegen Lin Piao, der in der Partei und Armee noch

Anhänger haben muss, geht weiter. Seit seinem Verschwinden sind in der Regierung zahlreiche Neu- und Umbesetzungen vorgenommen worden. Alte Funktionäre und Offiziere, die sich gegen die Exzesse der Kulturrevolution gewandt hatten, sind rehabilitiert worden. Vor allem sind in letzter Zeit auch alte Militärs, die nicht zu den Freunden Lin Piao gehörten, wieder in den Vordergrund gerückt. So konnte sich jetzt in Peking auch wieder Chen Tsai-tao in der Oeffentlichkeit zeigen, der während der Kulturrevolution in Wuhan seine Truppen gegen die jungen Revolutionäre einsetzte, was Lin Piao zwang, eine Fallschirmjäger-Division in die Provinzhauptstadt zu schicken.

Aus allen Um- und Neubesetzungen geht hervor, dass die alten Revolutionäre, von denen die jüngsten Ende 50 sind, weiter die Zügel fest in der Hand haben. Etliche hatten bereits mit Mao in den Chingkan-Bergen gehaust, den «Langen Marsch» mitgemacht und Guerillakrieg geführt. Fast die gesamte kommunistische Führung ist aus der Roten Armee hervorgegangen, die wiederum von der Partei kontrolliert wurde. Militärs rückten aus den Provinzen auch in die Partei- und Regierungsämter in Peking vor. Nur langsam wächst in China eine Parteihierarchie heran, aus der das Politbüromitglied Yao Wen-yuan stammt und Wang Hung-wen, der vor der Kulturrevolution Funktionär in einer Textilfabrik in Schanghai war und jetzt in Peking einen wichtigen Posten im Parteiapparat erhalten hat.

drb

VOJINOVIC: SAIGONSKA „PROTILETALSKA“ OBRAMBÄ



«Auch Saigon hat seine Flak.» («Delo», Ljubljana, 13. Dezember 1973)

Was immer die südvietnamesische Regierung auchkünftig gegen die in ihrem Lande stehenden Truppen ihrer Feinde vorkehrt, wird ihr als Friedensverhinderung angelastet werden. In Nordvietnam stehen keine fremden Truppen, und Rebellen würden erschossen, ohne dass sich irgendjemand darum zu kümmern brauchte.

Ordnungsmassnahmen in grösserem Umfang sichtbar machen. In Hué wurden Tausende von Zivilpersonen friedlich aus der Stadt geführt und in wohlorganisierter Systematik erschossen. Das waren in der Tat keine Kriegsverbrechen wie das Massaker von My Lai, sondern Friedensverbrechen: ruhige, wohlbedachte, wohlgeplante Massnahmen. Sie sind auch nie desavouiert, geschweige denn gerichtlich untersucht und bestraft worden. Sie sind als Taten der Volksbefreiung bis heute gutgeheissen, und der unabänderliche Charakter der Volksbefreiung wird von dieser Seite nicht bestritten. Sie wird ja auch in den übrigen Teilen unserer Welt in ihrem durchgehenden Charakter anerkannt und gutgeheissen. Der nordvietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong erklärt: «Gleichzeitig werden wir diesen Kampf, gestützt auf das Abkommen (von Paris) fortsetzen, um die revolutionäre Sache des vietnamesischen Volkes zu vollenden.» Und die Aussenministerin der Provisorischen Revolutionsregierung, Nguyen Thi Binh, sagt, dass der endgültige Frieden in Südvietnam erst dann eintreten werde, wenn die reaktionären Kräfte ausgeschaltet seien. Wobei es natürlich dem zur Neben- und Mitregierung avancierten Vietcong überlassen bleibt, die liquidationswürdigen reaktionären Kräfte zu bestimmen. Gemeint sind zunächst jene Elemente der südvietnamesischen Regierung und ihres Apparates, die es nicht einfach zur vollen Machtergreifung der guten und gerechten Henker der kommunistischen Seite kommen lassen möchten. Aber es gibt ferner beispielsweise eine Million Volksverräter, die seinerzeit vor der kommunistischen Machtergreifung geflüchtet waren. Nun, man wird nicht alle hinrichten müssen, wenn sie tätige Reue zeigen, sondern nur einen grösseren Prozentsatz von ihnen, mitsamt dem historisch notwendigen Kontingent von Klassenfeinden und solchen Leuten, die zwar

nicht aufgrund ihres Besitztums, wohl aber aufgrund ihrer feindlichen Einstellung in Gottes Namen dazugerechnet werden müssen (dort wird das zwar wahrscheinlich nicht in Gottes Namen geschehen, aber hier wird man es in Gottes Namen als Unabänderlichkeit der revolutionären Uebergangszeit hinnehmen). Darnach aber wird der Henker nicht mehr soviel einzugreifen haben und braucht nur noch dann im Interesse des Volkes zum Rechten zu sehen, wenn ein Andersdenkender sein anderes Denken auch noch kundtut.

Das alles ist das Ziel, und alles andere, wie gesagt, nur Etappe dazu. Etappe auch zur Wiedervereinigung, die Hanoi schliesslich offiziell in seinem Programm hat, und offiziell auch nach seinem eigenen Modell vorsieht. Im Norden hat seit der kommunistischen Machtergreifung noch keine Wahl und keine Volksabstimmung mit Alternativmöglichkeiten stattgefunden. Und ihm traut man ernstlich zu, für eine Volksabstimmung mit Alternativmöglichkeiten im Süden womöglich noch Garantie zu leisten? Die Stimmbürger in den von ihm besetzten und direkt oder indirekt kontrollierten Gebieten nicht zur «richtigen» Stimmabgabe anzuhalten? Und eine allfälligerweise trotzdem gesamthaft verlorene Abstimmung zu respektieren? Es ist ernstlich ganz einfach unmöglich, dergleichen zu tun, als sei das zu erwarten.

Hanoi hat an die 150 000 Mann Invasionstruppen in Südvietnam stehen, die im Lande bleiben, während die Verbündeten Saigons abziehen. Der Waffenstillstandsvertrag hat das nordvietnamesische Kontingent nicht zum Abzug gezwungen (als ob der Wegzug von Invasionstruppen nicht Voraussetzung zu einem ernstgemeinten Frieden wäre, der etwas anderes zu bedeuten hätte als Kapitulation), ja nicht einmal erwähnt. Diese

Unterschlagung einer Hauptsache der Machtverhältnisse ist kennzeichnend für die Schlagseite des ganzen Waffenstillstands-Vertragswerkes, für das ganze dergleichen tun als ob.

Was soll bei dieser Sachlage schliesslich die internationale Ueberwachungskommission mit ihren 1160 Mann einschliesslich jeder Art von Hilfspersonal? Sie könnte gegen Vertragsverletzung der kommunistischen Seite nichts ausrichten, auch wenn sie es wollte. Dazu kommt noch ihre Zusammensetzung. Die Hälfte wird aus Ländern gestellt, welche erklärterweise für die Ziele des Vietcong und Nordvietnams eingestellt sind und selber sowjetabhängigen Diktaturen unterworfen sind. Die andere Hälfte, es braucht niemand irgendeine Illusion darüber zu haben, hält die abschliessende kommunistische Machtergreifung ohnehin für unabänderlich und wird alles tun, um bis dahin dem Westen irgendwelches erneute Engagement zu ersparen.

Die USA selber können nicht mehr zurück. Sie haben dazu keinerlei politischen Rückhalt in Aussicht und keinen Willen zum Alleingang mehr. Flagranter als es die Invasion Nordvietnams vom März 1972 war, können beliebige Waffenstillstandsverletzungen ja auch nicht sein, und damals wurden die amerikanischen Gegenmassnahmen überall einmütig verdammt, auch bei ihnen selbst.

Kurz, die Welt will nichts anderes, als dass sich der «historische Uebergang» zur kommunistischen Machtübernahme und zur Wiedervereinigung unter nördlichen Vorzeichen möglichst so vollzieht, dass sie von den dazu nötigen Vertragsverletzungen keine Kenntnis zu nehmen braucht. Dazu bedarf es nur der Voraussetzung, dass man sich die kommunistische Auslegung von Vertragseinhaltung zwecks Volkssieg zu eigen macht, und der Wille dazu, soviel darf man getrost annehmen, ist allseits vorhanden.

Die Ausnahme bildet natürlich das Regime in Saigon selbst. Es kämpft noch um sein Ueberleben, das trotz aller seiner miesen Seiten noch immer die Alternative zur unangefochtenen friedlichen Diktatur des Henkers ist. Und das den bestmöglichen Indizien gemäss von der Volksmehrheit immer noch einer kommunistischen Machtergreifung vorgezogen wird. (Das Bewusstsein der Bevölkerung wird sich natürlich in fortschrittlichem Sinne wandeln, wenn die Gegnerschaft zum Kommunismus vor das Exekutionskommando führt.) Und Saigon wehrt sich tatsächlich. Unter anderem mit einer schwachen Annäherung an Zustände, die in Hanoi pure Selbstverständlichkeit sind, wie Ausweisung von regimfeindlichen Journalisten usw. Und die Weltöffentlichkeit, die solches nicht als Anlass zum Anstoss nimmt, wenn es im Norden passiert, wird sich durch diesen Beweis von «Faschismus» im Süden in der Meinung bekräftigen lassen, es sei doch wirklich nicht schade um das Ding in Saigon, wenn es endlich kaputt gehe, auf welche Weise auch immer. So wird das gute Gewissen noch besser.

Politisch bringt der Waffenstillstand über Vietnam unendlich viele Möglichkeiten. Unter anderem zum Beispiel eine Entlastung der USA und eine Chance zur Wiedergewinnung ihrer abhanden gekommenen Handlungsfreiheit (wie sie genutzt wird, ist dann noch eine andere Frage). Aber hier ging es zunächst einmal um die Moral der Sache. Um die doppelte Moral unserer Zeit, die als solche nichts Gutes verspricht.

Christian Brügger

Der Numerus clausus in der Tschechoslowakei

Wie in allen sozialistischen Staaten spielt auch in der Tschechoslowakei der Numerus clausus in der höheren Schulbildung eine beträchtliche Rolle. Er wird sowohl nach volkswirtschaftlichen als auch nach politischen Gesichtspunkten gehandhabt und ist in den letzten Jahren aufgrund von Gesinnungskriterien verschärft worden.

Im letzten Vierteljahrhundert gab es in der CSSR praktisch keine unbeschäftigten Personen mit höherer Ausbildung. (Bei den heute zahlreichen Akademikern in ungelerten Berufen handelt es sich um Leute, die man wegen unzuverlässiger politischer Einstellung von ihren Arbeitsplätzen entfernt hat.) Das war darauf zurückzuführen, dass Anweisungen der jeweiligen Ministerien bezüglich der gewünschten Zahlen von Absolventen verschiedener Studienrichtungen strikte eingehalten wurden. Dazu setzte man inter aliam den Numerus clausus ein, der mit Ausnahme einer kurzen Periode nach 1966 an allen höheren Schulen Verwendung fand. Seit 1970 gelten in der Studienzulassung wieder strenge Beschränkungen, aber erst seit 1972 ist man dazu übergegangen, hierüber konkrete Angaben zu publizieren.

Der stellvertretende slowakische Erziehungsminister Michal Gregus betonte die Unterschiede zwischen den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen und den studentischen Wünschen anhand folgender Beispiele:

Die Philosophische Fakultät der Comenius-Universität (Bratislava) erhielt 1434 Aufnahmesuche, von denen wir 460 berücksichtigen werden; an der Rechtsfakultät von Bratislava werden von 950 Bewerbern 290 aufgenommen. Die Medizinische Fakultät der Comenius-Universität kann von 1105 Anwärtern 360 zum Studium zulassen. Andererseits aber bewerben sich lediglich 379 Mittelschulabsolventen um die 600 freien Plätze an der Ingenieursabteilung der Technischen Hochschule von Bratislava. In ähnlicher Weise besteht auch für Studien in Mathematik und Physik ein geringes Interesse.» «Pravda», Bratislava, 10. 5. 1972)

Die Ausübung nach Gesinnungsmaßstäben erfolgt bereits zuvor, indem man politisch unzuverlässigen Elementen eine Bewerbung zu Hochschulstudien verunmöglicht. Hierzu äusserte sich Gregus eindeutig:

Die Selektion der Anwärter auf höhere Bildung liegt in den Händen der Lehrkräfte, die ihre Loyalität zum Sozialismus und zur Politik der KPTsch bewiesen haben. Darüber hinaus wird das Erziehungsministerium die Zulassungsgespräche zur Bewerbung sorgfältig prüfen und öftigenfalls die angemessenen Massnahmen treffen, falls das Ergebnis unerwünscht ist.»

In einem Kommentar von Radio Prag (8. 7. 1972) führte Eduard Machacek aus:

An den Hochschulen des Universitätstypus kann nur die Hälfte der Bewerber zugelassen werden, wogegen die Technischen Fakultäten noch tausend zusätzliche Studenten aufnehmen könnten.» Für die bestehenden Disproportionen werden verschiedene Gründe angeführt, unter anderem die Mentalität an gewissen Mittelschu-

len, in denen die Schüler «die von ihnen erwartete Einstellung zu den (technischen) Fächern nicht aufbringen».

Am striktesten gehandhabt wird der Numerus clausus an den Theologischen Fakultäten. Hier gilt neuerdings die Bestimmung, dass niemand zugelassen wird, der eine höhere Lehranstalt besucht hat oder noch besucht. Das lässt sich wahrscheinlich damit begründen, dass die Volkswirtschaft nicht auf ausgebildete Spezialisten verzichten kann, aber die Nebenwirkung eines geringen Bildungsstandards von Theologen wird vermutlich nicht ungern in Kauf genommen.

à propos Mensch

Ein Physiker legt als Futurologe «ein Konzept für unsere Selbstverwirklichung» vor¹ und lehrt uns Menschen (laut Klappentext), «wieder vernünftige Wesen zu werden»: («Es ist eines jeden denkenden Menschen Pflicht, sein Bestes zu tun, eine allmähliche Wendung vom explosiven, unkontrollierten Wachstum zur organischen Entwicklung auf eine Vernunftgesellschaft hin zu bewirken») (10). Tja — wie?

Man muss bloss

- «mit Umsicht und Geduld die internationalen Spannungen abschaffen» (als einzige Angsterquelle . . .) (32);
- nicht nur Kriege, auch Revolutionen beenden; «Rebellen sollten daran denken», was nach erfolgreicher Revolution geschehen kann (254);
- verantwortlich denken: «eine psychologische Notwendigkeit» (140);
- schon in der Familie mit der entsprechenden Erziehung anfangen (234); die Familie muss halten, bis die Kinder erwachsen sind (153);
- ungeachtet seines IQ eine Zeitlang Dienstleistungen erbringen (wie Lewis Mumford schon sagte . . .); das Dienen muss aufgewertet werden (187). usw.

Dann hat die Vernunftgesellschaft drei Angebote für den Menschen: «Hoffnung, Spiel, Vielfalt» (229). «Qualität statt Quantität und ungehemmtem Wachstum; dauerhafter Besitz statt Konsum für den Augenblick» (235) — tatsächlich vernünftig.

Aber:

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

Der Inhalt dieser angebotenen Hoffnung — auch so relative Sicherheit, relatives äusserliches Wohlergehen — kann letztlich keinen Menschen befriedigen. Da ist die Analyse, die ein Zschokke vermittelt hat², schon bedeutend überzeugender!

Zudem ist die «politische Unbefangenheit» des Futurologen, auf die Gabor stolz hinweist (231), unrealistisch und irreführend. «Man muss» a), b), c) . . . Wie will er es Mao und Breschnew (und allen fanatisierten Terroristen) beibringen, verantwortlich zu denken? Ab sofort die Kinder nicht mehr zum Hass gegen «den Feind», sondern zu einem qualitätsvollen Leben in Sicherheit erziehen zu lassen in ihrem Reich? (Und wer erzieht dort die Pädagogen?) Und natürlich sofort die politische Kriegführung (und jeden Terror) einzustellen, weil er, Gabor, so was überhaupt nicht vorsieht?

Und wenn Gabor als Modell (z. B. für Erwachsenenumschulung und «permissive» Gesellschaft) Schweden anführt (239 f.), kann ich dagegen nur sagen, dass ich Menschen kenne, die da gefroren haben.

Und als ob die «neuentdeckte» Vernunft die überall anwachsenden Scheidungsziffern senken könnte. Und was hilft der Triumph der Wissenschaft, dass sie «Schmerz vermeidbar» macht (76) — wenn ein geliebter Mensch Krebs hat? Vernünftig sein . . .

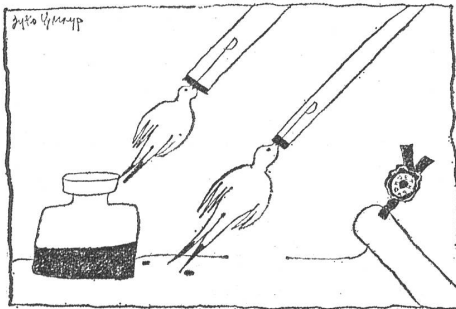
Es «muss» jeder selbst entscheiden, ob ihn nicht die «Preisgabe der Vernunft»³ (keineswegs eine Aufforderung zum Nichtdenken!) mehr überzeugt und die wesentlichen Fragen, die Gabor schlicht ausklammert, beantworten hilft.

¹ Dennis Gabor: Der vernünftige Mensch. Scherz Verlag Bern/München 1972, 273 S., Fr. 24.80.

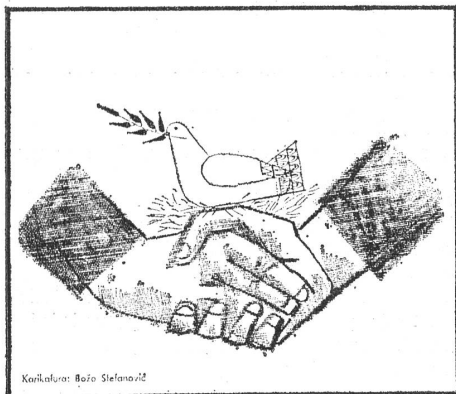
² Andres Zschokke: Der Mensch in der Sackgasse. Hans Erpf, Bern 1972, 263 S., Fr. 24.80.

³ Francis Schaeffer: Preisgabe der Vernunft. R. Brockhaus Verlag Wuppertal, 2. Aufl. 1972, 96 S., Fr. 5.15.

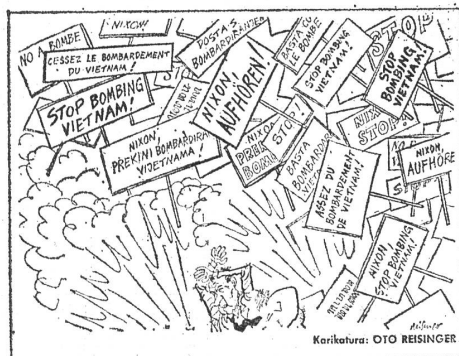
Jugoslawische Karikaturen zum Thema Frieden für Vietnam



Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes:
«Die grosse Wende?» («Politika», Belgrad, 14. 1. 73)



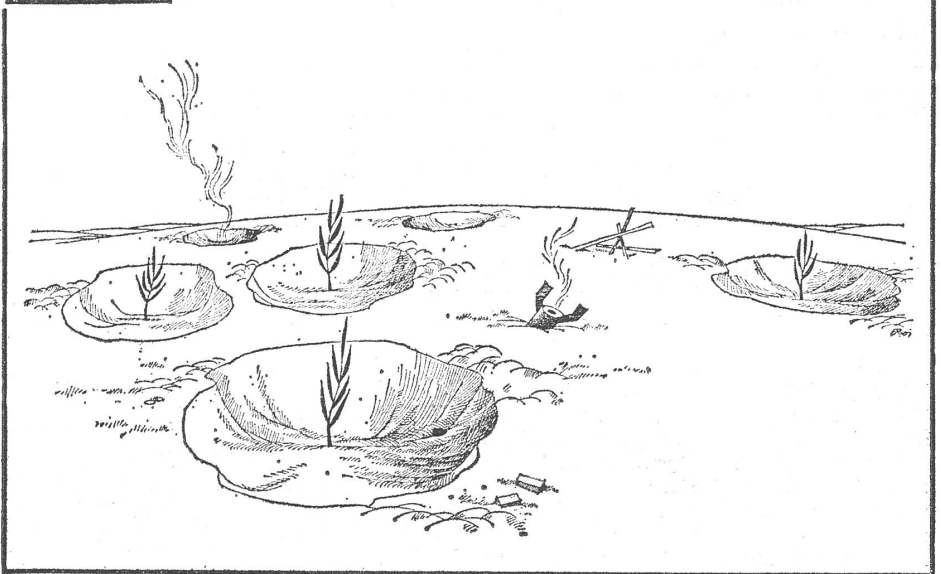
«Oslobodenje», Sarajevo, 27. 1. 1973



«Vjesnik», Zagreb, 30. 12. 1972

Die verurteilende Weltmeinung als Element zur Er-
zwingung des Friedens. In der Tat wurde nur die
amerikanische Reaktion auf die handfeste Invasion
durch Nordvietnam verdammt, das seine territoria-
len Eroberungen unangefochten in der Pose des
Kriegsopfers durchführen durfte.

VOJNOVIĆ: SADIKE



Setzlinge. («Dnevnik», Novi Sad, 23. 1. 1973)

Eher noch weniger schlagseitig als westliche Urteile

(Siehe Seiten 9/10)



Karikatura: OTO REISINGER

«Nicht mehr schiessen, bitte!» («Vjesnik», Zagreb, 27. 2. 1972)